

Dresdner Volkszeitung

Postkassendirektion: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Redaktion: Sächsl. Staatsbank, Dresden,
Bank der Arbeiter, Knechtsteden,
und Beamten, K.-G., Dresden,
Gebrüder Kuntzsch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Willkür höherer Gewalt, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Zeiten, Rufen“, außerdem „Welt und Zeit“ monatlich 2,30 M., einschließlich Postgebühren, 1,80 M., zusätzl. Post- u. Zustellgebühren 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Verlagsleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 13 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 80 mm breite Standardzeile 35 Pf., die 60 mm breite Reklamezeile 2 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u. Verlosungsanzeigen 20 Pf. netto. Für Briefwerbung 10 Pf. u. 1,50 M. 10 Pf.

Nr. 23

Dresden, Donnerstag, den 28. Januar 1932

43. Jahrgang

Löbes Anflagen

gegen Mordheze, versagende Justiz und Spießbürgerpresse

Gegen Faschismus und Kriegsgefahr

Berlin, 28. Januar. (Fig. Funk.) Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Mittwochabend im größten Saale der Reichshauptstadt eine gewaltige Kundgebung gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Der Beginn war auf 9 Uhr festgesetzt, aber bereits 19.30 Uhr mußte die Polizei den Eingang sperren. Der große, 15.000 Menschen fassende Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Bis in die obersten Ränge hinein stauten sich die Massen. Viele Zuhörer mußten umkehren, weil es aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht möglich war, sie ebenfalls im Saale unterzubringen.

Als erste Rednerin nahm die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frau Rudacz das Wort, die mit Stolz verkündete, daß ohne die Eisenerne Front die Republik längst zusammengebrochen wäre. Die Rednerin schloß mit einer Aufforderung an alle Männer und Frauen, Republikaner und Republikanerinnen, sich der Eisernen Front anzuschließen, damit 1932, dem Jahre der atonen politischen Entscheidungen, die faschistische Gefahr niedergedrungen werde.

Dann überbrachte der sozialistische Abgeordnete der französischen Kammer, Paul Faure, die Grüße der französischen Sozialisten und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß in Deutschland die Eisenerne Front liegen werde. (Zwischenruf: Ein Sieg der Eisernen Front in Deutschland und in Frankreich ist nicht nur ein Sieg des Friedens, sondern ein Sieg der Menschheit und Menschlichkeit überhaupt!)

Pietro Nenni, Italien, schilderte das Elend in Italien. Wenn der Faschismus in Deutschland triumphiere, sei es mit der Freiheit Europas zu Ende. Anschließend vom Reichstagspräsident Paul Löbe zu Wort, der dem italienischen Freund für seine Schilderungen über den Faschismus danke. Löbe fuhr dann fort:

In diesen Tagen ist Herr Adolf Hitler von der Gruppe Nordwest der Großindustrie zum Appell

befohlen worden. Die Begegnung Nordwest deutet darauf hin, daß dieser Gruppe auch Herr Lohse angehört, der einst mit freigelegten Händen die Nationalsozialisten unterstützte.

Der Appell hat bei geschlossenen Türen in Abwesenheit der Presse stattgefunden, denn Herr Hitler empfing Instruktionen, wie er den Sozialismus aufzufassen und wie er die Arbeiter zu behandeln habe. (Sehr richtig!)

Wenn Herr Goebbels im Sportpalast seine Phrasen ertönen läßt, dann darf „das Volk“ zuhören. Wenn aber Herr Hitler an der Ruhr oder in Hamburg seine Fehlede erhält, dann werden die Nationalen heruntergelassen. (Venezus lebhaftes Gebrüll!) Bei den schmerzlichen Zusammenstößen, die in den letzten Wochen und Monaten die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt, hat man in der nationalsozialistischen Presse behauptet, daß die Republikaner und Sozialisten, daß unsere Kameraden vom Reichsbanner die Nordbund sein (Stürmische Pfui!-Rufe in der neuen Versammlung, die friedliche Nationalsozialisten überfallen. (Venezus Rufe: Wagt, Wagt!) Die 60jährige Geschichte der Sozialdemokratie und die gesamte sozialistische Literatur von Auer und Bebel und Liebknecht an beweisen, daß unter Dresden niemals das Volkslügen, sondern immer das Volkslügen der Wölfe war. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Erst seit die Nationalen von rechts und von links sich auf den Straßen bekämpfen, ist die Entartung zu verzeichnen, hat die Herr der Schlägen und Heberfälle begonnen. (Anhaltendes Gebrüll!)

Wenn jedoch Hitler sogar vor dem Reichsgericht von „Mordverbrechen“ spricht, wenn Straker, Rosenberg, Fried und Stöck immer wieder den gewalttätigen Tod ihrer Gegner verkünden, dann dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn Anhänger von ihnen ihre Worte in die Tat umsetzen und wenn in der Rotwehr auch gegen diese Gewalttäter gleiche Mittel benutzt werden! (Stürmische Zustimmung.) Gehen gegenüber dieser Verheerung der Republik die Schule, die Republik und Presse immer ihre Pflicht getan? (Zurufe: Nein, nein!) Lehrer verschwiegen die Wahrheit, republikanisch gekündete Professoren werden ohne Löhne angepöbeln. Ein Mann wie der frühere Reichsminister Marx mußte sagen, daß er sich nicht mehr an deutsche Gerichte wende, weil er bei ihnen keinen Schutz zu finden glaube, ein Goebbels aber benimmt sich vor Gericht wie ein rasender Roland, ohne daß der Richter augenblicklich die Courage findet, gegen ihn einzuschreiten!

(Zuruf: Er heißt ja auch Chnefornel!) Ich möchte sehen, wie man in einem solchen Falle einen kommunistischen oder einen sozialdemokratischen Zeugen behandelt. Wenn aber staatliche Legation verlangen, wenn gewissen bürgerlichen Streifen das Klappern ins Gehirn kommt,

dann wird das Proletariat dafür sorgen, daß trotz allem das Dritte Reich nicht kommt. (Stürmische, minutenlange Zustimmung.)

Löbe schilderte sodann das Verhalten der 107 nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag, die immer dann zu ihren lauten Worten nicht standen, wenn sie zu Taten schreiten sollten. Als es darum ging, die von den Nationalsozialisten in Klafoten verlangte Aufhebung der Young-Gesetze im Ausschuss zu beraten, da drückten sich ihre Vertreter. (Zuruf: Weg mit den Jungen!) wurde dahin beantwortet, daß 83 nationalsozialistische Jungen neu in den Reichstag kamen. Der Ruf: „Fort mit Doppelverdienern“ fand Erfüllung darin, daß 21 nationalsozialistische Doppelverdiener im Reichstag sitzen. (Anhaltende Entrüstungsrufe.) Man hat gesagt: „Wir werden ausmisten.“ Man hat ausgemistet: Otto Straker, Major Buchrucker, Stennes mit seinen Schülern, Franzen in Braunschweig und Schäfer in Posen!

Man hatte wohl mit dem Ausmisten im eigenen Lager so viel zu tun, daß man bis zu den Republikanern nicht gekommen ist. (Weiterer Beifall.)

Inseer Pflicht ist es, bei solchem Verhalten unseren verführten Volksgenossen die Augen zu öffnen. Wir können nicht warten, bis ihnen von allein die Erkenntnis kommt. Darneben sind positive Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise unbedingt notwendig. Jetzt aber ist die Eisenerne Front zu bilden. Dem Reichsbanner, das mit einer Opferwilligkeit ohne Gleichen Dörfer und Städte besetzt, viele unter ihnen mit geschädigten Söhnen, haben sich die Arbeiterpartei angegeschlossen. Die wissen, daß unter der Herrschaft des Faschismus jede freie Kulturkultur beendet ist und Volkswirtschaft und Kommunismus wieder das Wort haben. In allen Betrieben haben sich die Hammer- und Schraubenziehervereine gebildet, um dem Gegner die Hände weg vom Arbeitsrecht! zuzurufen. Die Arbeiterschaft hat keine Angst vor Spießbürgern und abgelebten Offizieren. Die Nationalsozialisten sollen nur kommen: je eher, desto besser! Wir sind bereit, sie zu empfangen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die entschleierte Gehälter

Erfolg der SPD. - Die Gehälter der Direktoren der RSB endlich bekanntgegeben

Seit längerer Zeit erfährt unsere Landtagsfraktion das große Geheimnis zu ergäuben, das um die Gehälter der leitenden Direktoren der Aktiengesellschaft Sächsische Werke (ASW) gehoben wurde. In den Sitzungen der Ausschüsse, im Plenum des Landtages, in der Presse wurden von unserer Fraktion zahlreiche Versuche in dieser Richtung unternommen, und immer hüllte sich die Regierung in Schweigen. Dieses Schweigen wirkte um so mehr befreiend, weil in der Zwischenzeit allen Gerichten über die Gehälter der ASW-Direktoren Tür und Tor geöffnet wurden.

In der letzten Sitzung des Ausschusses forderten die Vertreter der SPD-Fraktion erneut die Bekanntgabe dieser Gehälter. Wieder lehnte der Finanzminister als Vorsitzender des Ausschusses jedes konkrete Auskunft ab. In der Zwischenzeit ist dem

Minister aber doch die Erkenntnis gekommen, daß auf ewig dieses Verheimlichung nicht getrieben werden kann, und daß vor allem die SPD-Mitglieder des Ausschusses die gesetzlichen Möglichkeiten zur Ergreifung der Bekanntgabe der Gehälter angewendet hätten.

Für Mittwoch, den 27. Januar, waren die beiden Ausschüsse des Landtages zu einer gemeinsamen Sitzung geladen, um eine Erklärung der Regierung über die Gehälter der Direktoren der ASW entgegenzunehmen. Der Finanzminister begann mit der Feststellung, daß man beim Engagement der leitenden Beamten mit diesen Dienstverträgen auf 10 Jahre abgeschlossen hat, daß man weiter den Herren das Versprechen gab, über ihre Bezüge nichts der Öffentlichkeit zu unterbreiten. An diese bestehenden Verträge und an dieses Versprechen habe auch er sich halten müssen und gehalten, trotzdem auch ihm dieses Versprechen nicht verbindlich gewesen sei.

Bei Festsetzung der Bezüge sei man bei Gründung der ASW, ans stärkste von den Bezügen der leitenden Beamten der Privatindustrie beeinflusst gewesen.

Man setzte damals Grundgehälter von 10.000 bis 18.000 M. fest. Dazu kamen noch Wohnungszuschüsse von 2000 bis 6000 M. und sehr beträchtliche Gewinnbeteiligungen, Ausschüttungsbezüge u. a. m. In keinem Vertrag war ein Maximalbetrag der Bezüge und seinerlei Ausbügungsfähigkeit vorgesehen.

Im Jahre 1929 wurde im Wege der freien Vereinbarung eine Begrenzung der Gesamtbezüge um 1800 eine Herabsetzung der Bezüge um 20 Prozent erreicht. Durch den 2. der Rotberordnung vom 11. Dezember 1931 hat die Regierung die Möglichkeit und Pflicht, bestehende Verträge zu ändern. Von diesem Recht hat sie Gebrauch gemacht und in Verhandlungen mit den Direktoren neue, vom 1. Januar 1932 an geltende Bezüge festgesetzt, die sich im Grundgehalt von 8000 bis 86.000 M., in der Mietzulage von 2000 bis 6000 M. und in den sonstigen Bezügen von 2000 bis 8000 M. bewegen. An Zukunft werden für die einzelnen Direktoren Gehälter von 12.000 M. (gesamt) bis zu allerhöchstens 60.000 M. (gesamt) bezahlt. Da die sonstigen Bezüge vom Gehalt der ASW, deren Todestag

gesellschaften abhängig sind und die ASW in diesem Jahre Dividenden nicht zur Ausschüttung bringen kann, werden die Höchstgehälter in den oben benannten Summen nicht erreicht. Der Vorschlag der Regierung ist, wie der Minister noch mitteilte, von den Direktoren angenommen worden.

Soweit die Mitteilungen der Regierung, die doch nicht kritiklos hingenommen werden dürfen.

Vor allem gilt es festzustellen, daß eben doch in der Vergangenheit Gehälter bis 150.000 Mark bezogen wurden, Gehälter, die sich viel zu stark an die Rammungsbücherei der Industrie anlehnten. Ein weiterer Uebelstand sind die kaum entwirrbaren Verwickelungen der ASW, mit ihren Tochter-

Kabinettsrücktritt in Oesterreich

A. Wien, 27. Januar. (Fig. Draht.)

Die Regierung Eusef hat am Mittwoch ihre Gesamtdimission überreicht. Der Bundespräsident hat die Minister mit der Fortführung der Geschäfte und den Bundeskanzler mit den Verhandlungen über die Kabinettsbildung betraut.

Ueber die Gründe des Rücktritts verlautet, daß nach der mehrwöchigen Debatte, die gegen die Regierung Eusef, insbesondere aber gegen Schöber gerichtet war, die Christlichsozialen am Mittwoch den Rücktritt Schöbers als Außenminister verlangt haben. Eusef hat daraufhin an die Großdeutschen die Frage gerichtet, ob sie dem Rücktritt Schöbers zustimmen würden, Schöber aber in der Regierung verbleiben und ein anderes Ressort erhalten würde. Die Großdeutschen lehnten diesen Vorschlag ab.

Eusef will ein Ministerkabinetts bilden, bestehend aus Christlichsozialen und Landbund, bilden.

A. Wien, 27. Januar. (Fig. Draht.)

Eine Ministerkabinettsregierung Eusef aus Christlichsozialen und Landbund würde nur über 75 von 165 Mandaten im Parlament verfügen. Falls Eusef ein Ministerkabinetts nicht zustande bringt, dürfte Eusef in den Reichsrat treten.

Strolchewistische Einheitsfront Nazis und Kommunisten überfallen sozialistische Jungarbeiter

Halle, 28. Januar. (Fig. Funk.) In einer Versammlung der sozialistischen und der republikanischen Jugendverbände, die am Mittwochabend unter dem Motto Jugend in der Eisernen Front stattfand, überfielen die in größerer Zahl erschienenen Nationalsozialisten und die mit ihnen vereinigten Kommunisten die Jungbannerleute. Biergläser, Stühle und Tassen flogen durch den Saal. Ein Nationalsozialist wurde von SA-Leuten mit einem Bierglas schwer verletzt. Er wurde von Arbeitersamaritanern verbunden und abtransportiert. Im umgekehrten Falle wäre der Verletzte von Nazis wahrscheinlich zu Tode mißhandelt worden. Bald nach dem Tumult erklärte die Polizei die Versammlung für geschlossen.